

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU AG: Am 7. Januar 2025 begann die neue Grossrats-Legislaturperiode 2025 – 2028. Die EDU Kanton Aargau freut sich, dass sie erstmals mit drei Grossräten vertreten ist und die Politik des Kantons auf der Grundlage christlicher Werte noch aktiver mitgestalten kann. Den Grossräten wünschen wir viel Erfolg und Befriedigung für ihre verantwortungsvolle Aufgabe!



Im Bild v.l.n.r.: Die EDU-Grossräte Rolf Haller, Martin Bossert und Roland Haldimann

EDU TG: Ein überparteiliches Komitee unter dem Lead der EDU fordert mit einem Referendum eine Volksabstimmung über das neue Friedhofreglement der Stadt Weinfelden, das ein abgegrenztes Gräberfeld für Bestattungen nach islamischer Tradition ermöglicht. Der Plan sieht vor, bis zu 70 Gräber, die nach Mekka ausgerichtet sind, zu schaffen. Der Vorschlag wurde vom Weinfelder Parlament am 19. Dezember mehrheitlich genehmigt. Der bewährte Grundsatz, auf dem Friedhof der politischen Gemeinde nicht nach Religionen zu unterscheiden, würde mit der Schaffung eines abgegrenzten muslimischen Gräberfeldes durchbrochen. Diese Spezialregelung nur für eine Religion schade der grossen Mehrheit der Muslime, die keine Sonderbehandlung wünschen, warnten die Kritiker im Stadtparlament: Sie würden, im Tod wie im Leben, nicht in die Gemeinde integriert, sondern separiert. «Bei einer so wichtigen Frage muss das Volk das letzte Wort haben», fordert Lukas Madörin (EDU), der mit seiner Partei das Referendum angeregt hat. Weitere Infos: www.edu-tg.ch



EDU ZH: Jann Flütsch wurde zum neuen Geschäftsführer der EDU Kanton Zürich gewählt. Er hat seine Stelle bereits angetreten und wird von Daniel Suter, der noch bis Ende Februar 2025 amten wird, eingearbeitet. Jann Flütsch hat Jahrgang 1983, ist verheiratet und Vater von sechs Kindern. Wir wünschen ihm einen guten Start, viel Weisheit und Gottes Segen für seine neues Amt!

Referendum gegen neue E-ID lanciert

Verschiedene Organisationen, darunter die Piratenpartei und Kritiker der Coronamassnahmen, haben das Referendum gegen das vom Parlament beschlossene Gesetz für den digitalen Schweizerpass (E-ID-Gesetz) ergriffen. Die Kritiker befürchten eine «missbräuchliche Nutzung von sensiblen Personendaten». Das E-ID-Gesetz schütze nur ungenügend gegen die zunehmende Zahl von Cyberangriffen. Und es gebe die Daten der Bürger an private Unternehmen preis, die sie mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) analysieren und Profit daraus schlagen könnten. Der Schweizer Souverän hatte eine erste E-ID-Vorlage 2021 mit rund zwei Dritteln Nein-Stimmen klar abgelegt. Im Gegensatz zum E-ID-Gesetz von 2021 wurde mit dem neuen Gesetz hingegen beschlossen, dass elektronische Pässe künftig nur noch vom Staat herausgegeben werden – und nicht mehr von Privaten. Ebenso wurde der Datenschutz stärker gewichtet, weshalb zahlreiche frühere Gegner einer E-ID die neue Vorlage befürworteten.

Weitere Infos zum Referendum (Argumente und Unterschriftenbogen) finden Sie unter: www.e-id-gesetz-nein.ch

Abgründe der Leihmutterschaft

In ihrem neuen Buch «Ich kauf mir ein Kind» beschreibt die deutsche Autorin Birgit Kelle die vielen Abgründe der Leihmutterschaft. Eine der Aussagen des Buches: «Bei der Leihmutterschaft bestellt man ein Kind wie im Katalog. Wenn es fertig ist, bezahlt man und bringt es nach Hause. Das ist, als würde man ein Möbelstück anfertigen lassen.» Für den «Nebelspalter» führte der Journalist Alex Reichmuth ein lesenswertes Interview mit Birgit Kelle. [Mehr dazu: www.nebelspalter.ch](http://www.nebelspalter.ch)